

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

6.6.1919 (No. 131)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. K. n. b. Druck und Verlag: C. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Zeugungspreis: vierteljährlich 5 A 25 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 A 42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zusätzlich 20 % Feuerungsbeitrag. Zwangsweise Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Arbeitsmangel, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Neuorganisation des Landestheaters.

** In Nr. 155 des „Karlsruher Tagblattes“ wird anlässlich der Aufführung von Wedekinds „Erdgeist“ von einer Verschleppung der Organisationsfragen des Landestheaters und einem Kompetenzstreit der Ministerien der Finanzen und des Unterrichts gesprochen. Beides ist falsch. Wichtig ist, daß die Oberleitung des Landestheaters alsbald nach der Anfang Mai abgeschlossenen Auseinandersetzung mit dem Großherzog gemeinsam vom Kultus- und Finanzministerium übernommen worden ist und im vollsten Einvernehmen und ständiger engerer Fühlungnahme bearbeitet wird. Als wichtigstes Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die vor dem Abschluß stehende Vereinbarung mit der Stadt Karlsruhe erzielt worden, die eine gemeinsame Verwaltung und Finanzierung des Theaters durch Staat und Stadt vorsieht. Die endgültige Beschlussfassung hierüber ist lediglich durch die bekannte schwierige kommunalpolitische Lage von Tag zu Tag verschoben worden; sie wird auch die formale Entscheidung über die von dem Intendanten erbetene Zurücksetzung wie über die künstlerische Neuorganisation des Landestheaters bringen, die in den auch vom „Karlsruher Tagblatt“ erörterten Richtlinien schon vorbereitet ist.

Ueber den Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.

** Der britische Militärgouverneur in Köln hat — unter Androhung strengster Strafen gegen Zuwiderhandlung — angeordnet, daß keine Firma oder Privatperson Druckschriften, Bücher, Broschüren und Flugblätter über Politik in das britische Besatzungsgebiet einführen, befördern oder durch die Post, Eisenbahn oder auf irgend eine andere Weise beziehen darf, es sei denn, daß die Einfuhr durch die britische Militärbehörde besonders genehmigt wird.

Pakete mit lebenden Tieren können aus dem unbesetzten Deutschland nach der britischen Besatzungszone mit der Post versandt werden, wenn der Inhalt als Lebensmittel anzusehen ist.

Ferner sind neu zugelassene telegraphische Postanweisungen aus der britischen Zone nach dem unbesetzten Deutschland. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und der belgischen Besatzungszone ist der Austausch telegraphischer Postanweisungen nicht gestattet.

Für Verträge gegen die Vorschriften bei Postsendungen aus dem unbesetzten Deutschland und dem neutralen Ausland nach der belgischen Besatzungszone bekräftigt die belgische Besatzungsbehörde nach einer neueren Bekanntmachung die Empfänger der vorschriftswidrigen Sendungen mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 5000 Franken. Hierunter fallen auch solche Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen, daß nach der belgischen Zone in Privatangelegenheiten allgemein nur Postkarten, Briefe aber nur im Falle eines ernsten Familienereignisses, geschickt werden dürfen. Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen, deren Härte noch dadurch verschärft wird, daß die Entscheidung darüber, ob es sich um ein ernstes Familienereignis handelt oder nicht, lediglich bei der belgischen Militärzensur liegen würde, hat die Reichspostverwaltung zum Schutze der Bevölkerung in der belgischen Zone die Beförderung von Privatbriefen nach der belgischen Besatzungszone vorläufig eingestellt. Nach der belgischen Zone gerichteten Briefe in Handels- und Industrie-Angelegenheiten müssen bis auf weiteres in der Aufschriftseite mit der Angabe „Geschäftsbrief“ versehen sein.

Die Schafweide.

** Von Seiten badischer Schäferbesitzer sind Klagen laut geworden, daß von verschiedenen Gemeinden die Schafweiden bei der Verpachtung trotz gleich hohen Angebotes badischer Viehhalter an nichtbadische Schafhalter vergeben worden seien. Demgegenüber hat das Ministerium die Gemeinden, welche Schafweiden verpachten, ersucht, bei der Vergabe der Weiden in erster Linie badische Schafhalter zu berücksichtigen.

Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Lupinen.

** Durch die Verordnung des Reichsernährungsministers vom 15. Mai 1919 sind sämtliche Vorschriften über die Zwangsbewirtschaftung der Lupinen aufgehoben worden.

Wie das Reichsernährungsministerium mitteilt, müssen die mit der Entbitterung und Entgiftung der Lupinen angestellten umfangreichen Versuche als endgültig fehlerhaft betrachtet werden. Mit der Hoffnung, die Lupinen durch die Entbitterung und Entgiftung für den menschlichen Genuß geeignet zu machen, entfiel der Hauptgrund für die Bewirtschaftung der Lupinen.

Zunächst ist die Entbitterung und Entgiftung der Lupinen soweit technisch möglich, daß sie zu einem ausgezeichneten Futtermittel vermerkt werden können. Namentlich bei den Beförderungen zur Förderung der Schafzucht kommt der Lupine eine erhebliche Bedeutung zu. Ein wesentlicher Wert der Lupine, die mit dem magersten Boden vorlieb nimmt, liegt ferner in ihrem Düngewert, da sie als Stickstoffsammler besonders geeignet ist, den Boden wesentlich zu verbessern.

Im treibenden Rad.

Von Adam Remmele.

Deutschland steht vor einer folgenschweren Entscheidung über Sein oder Nichtsein; das deutsche Volk wird, wenn nicht noch in letzter Stunde drohendes Unheil abgewendet werden kann, einer Zeit tiefer politischer Demütigung und wirtschaftlicher Knechtung entgegengehen. Von dem von der Entente für das internationale Kapital angestrebten Schutz wird Deutschlands soziale Wohlfahrt in der schwersten Weise erschüttert und der Segen deutscher Arbeit vernichtet. Die Frage: wird ein solcher Frieden von Deutschland unterschrieben oder nicht? löst sofort die zweite Frage aus: steht die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit des deutschen Volkes vor einem Ende mit Schrecken oder vor einem Schrecken ohne Ende?

Wie klein nimmt sich neben diesem Weltproblem das Parteigegensatz aus, dem die deutsche Arbeiterklasse verfallen ist. In der Zeit, in welcher über ihr Schicksal entschieden wird, zerfleischt sie sich, anstatt in geschlossener Phalanx einen Ausweg aus dem ihr drohenden wirtschaftlichen Untergang zu finden. Höchst unsinnige Doktrinen sollen Rettung bringen, meint die radikale Minderheit, während die alte politische und gewerkschaftlich erzogene Arbeiterklasse sich in den Hintergründen der öffentlichen Schaubühne drängen läßt.

Wäre Mitten zeitigt der Terror, der — wer will es leugnen? — besonders stark in Mannheim in die Galme schließt. Dort sperren revolutionäre Arbeiter ihre Klassenossen vom Brotgewinn aus, sobald diese das Koalitionsrecht für sich in Anspruch nehmen und christlich organisiert bleiben wollen. In Mannheim war es auch, allwo Arbeiter der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, obwohl sie vor wenigen Wochen erst einen neuen Tarifvertrag erhielten, innerhalb 6 Stunden die Forderung zu einem um 3 M. höheren Lohn pro Tag forderten. Und als nach Verlauf dieser Frist nicht eine restlose Erfüllung der Forderung erfolgt war, wurden die Werke stillgelegt. Die in tiefster Not gemachte Forderung kostete dem Stadtjüdel im Jahre 8,1 Million Mark oder auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, 40 M. neuer Umlagen bezw. pro fünfköpfige Familie 200 M. Der bisher auf 15 Pf. stehende Grundschafpreis der elektrischen Straßenbahn steigt auf 25 Pf., Gas und Elektrizität werden gleichfalls entsprechend teurer.

Mit solcher Kampfmethode wird, wie Figura zeigt, nicht der Kapitalismus ins Herz getroffen, sondern Stockprügel für des Volkes eigenen Magen kommen dabei heraus. Das Rad muß nun, so wollen es gewisse Drahtzieher, in den Fabriken weitergedreht werden, denn wer kann solche Beträge allein an neuen Belastungen für die Stadtangestellten opfern? Für die Industrie bleibt nach wie vor die Lohnhöhe eine Kalkulationsfrage, Staat und Gemeinde beden erhöht die Löhne durch Erhöhung der Steuern und Umlagen. Die produzierte Ware wird infolgedessen teurer und am Ende ist es wieder der Arbeiter als Verbraucher, der die Lasten tragen muß.

Wenn jetzt der Dauer für die benötigten Rohstoffe fünf- bis höhere Preise zahlen muß, der Wert immer höhere Abgaben und der Geschäftsmann kaum noch weiß, das Geld für die Halbfabrikate aufzubringen, dann kommen eben höhere Milch-, Fleisch- und Bierpreise gerade so unabwendbar, wie des Handwerkers Rechnungen immer größer werden.

Die hohen Preise für die ausländischen Lebensmittel wirken bei den Arbeitern nicht minder verbitternd wie die hohen Schleichhandelspreise. Gewiß — wer wollte das bestreiten? — wenn alle Bevölkerungsklassen helfen würden, den Schleichhandel zu bekämpfen, dann gäbe es für die Allgemeinheit reichlichere und gleichmäßigere Nationen zu angemesseneren Preisen, und schöffen nicht auf politischem Hintergrund immerwährend neue Streiks so sehr in die Galme, dann stünde es auch mit der deutschen Wälua nicht ganz so schlecht. Der Kampf Aller gegen Alle führt gerade so gut dem Abgrund entgegen, wie der fürchterliche Egoismus der Satten und das Prasserleben mancher Reichen.

Ungebildete und brutale Kriegsgewinnler leben in Wolken, ohne zu begreifen, wie sie damit die Darbenden aufreizen, und letztere werden von politisch überhitzten Köpfen zu Handlungen verleitet, die anstatt aufwärts, zur Selbstentwürdigung führen. Man predigt den sozialen Staat und sieht nicht, daß sich auch in Deutschland nicht der Leidensweg durch die kapitalistische Gesellschaftsform erproben läßt. Mit diktatorischen und terroristischen Mitteln soll diese Gesellschaftsform zerlegt werden, in Wirklichkeit aber gleitet hierdurch das arbeitende Volk nur immer mehr in das Tal des Leides und des Jammers hinunter.

Die Revolution hat auf des Weges erster Etappe die monarchische Regierungsform beseitigt und nun es daran gehen soll, auf des Weges zweiter Linie die kapitalistische Produktionsform, soweit sie reif ist, in eine sozialistische umzuwandeln, da stellt blindwütender Terror diese Arbeit schon im ersten Stadium in Frage. An Stelle des sozialen Fortschritts wird der wirtschaftliche Zusammenbruch „erstritten“.

Der Friede kommt ja schließlich. So oder so! Heute oder später. Vielleicht auch über Nacht. Und ist er dann da in furchtbaren Formen, nachher wird Deutschlands Bedarf an Fertigwaren vom Ausland gedeckt werden, weil die deutsche Arbeit zu teuer und auch zu unrationell geworden ist. Die Abhängigkeit des deutschen Marktes vom Ausland und die Vormachtstellung des fremden Kapitals in Deutschland wird niemals härter treffen als die deutsche Arbeiterschaft. Das Elend der Massenauswanderung wird dann wieder deutsches Selbstvertrauen in Frage stellen.

Schwarzmalerei! So höre ich im Geiste meine politischen Widersacher aufschreien. Gut! Warten wir ab! Schneller als jedem lieb ist, wird die Ermüchterung kommen und damit auch die Vernunft. Dann werden alle jene, die eines politischen Irrglaubens wegen das Volk dem Untergang entgegenführten, dieses sich selbst überlassen.

Kommt die Vernunft aber so schnell noch nicht und sollte das Volk gar noch mit spartakistischen Experimenten Versuche anstellen, dann kommt gleichfalls der Tag der Entscheidung; einer Entscheidung jedoch, welche nur den Monarchisten die Bahn frei machen dürfte zu einer erfolgreichen Tätigkeit. Denn das selbe Volk, das heute sein „Gosianna“ rief, schreit morgen „Kreuziget ihn!“. So war es gewesen im August 1914 und im Gegenjah hierzu im November 1918. So wird es wieder sein an jenem Tag, an welchem das Volk zu erkennen beginnt, daß es auf Irreweg gegangen war.

Die drohende Fremdherrschaft führt zum Untergang des Deutschlands, wenn auch nur für eine Generation, und stellt die bisherigen Erfolge der deutschen Revolution in Frage. Schlimmer und betrübender aber als dieses Unglück ist die Zerstückelung der deutschen Volkswirtschaft. Eine Rettung im einen wie im andern Fall gäbe es jetzt noch, dann nämlich, wenn sich jedermann auf sich selbst bestimmen würde, wenn jeder sich die Frage vorlegen wollte, ob nicht durch Einigkeit noch in zwölfter Stunde eine Rettung möglich wäre. Jetzt löst eine Lohnbewegung die andere ab, obwohl die Sparlassen stark in Friedenszeiten nie erreichte Zugangsziffern ausweisen. Höhere Produktionskosten im Gewerbe und in der Industrie verteuern die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Man mag diesen Vergleich auch umgekehrt ansehen, jedenfalls führt dieses treibende Rad unserer Zeitperiode nicht zur Befundung der wirtschaftlichen und politischen Zustände. Solange aber kein Stand des Volkes Vernunft annehmen will, solange jedermann den Schleichhandel begünstigt und damit einen Ernährungsbofott zum Zwecke der Untergrabung der Zwangswirtschaft fördert, für solange läuft das die Volkswirtschaft zermalmende Rad weiter.

* Reaktionen Torheiten.

(In eigener Sache.)

Wie wir nicht anders erwarteten, hat die „Süddeutsche Zeitung“ unsere unter dem obigen Titel veröffentlichte Auslassung mit einem Lobnachruf beantwortet, der am besten zeigt, wie tief sich das Blatt getroffen fühlte. Eine nähere Untersuchung dieses Anfalles erübrigt sich, da die Diagnose klar am Tage liegt.

Nur eines möchten wir zur Steuer der Wahrheit feststellen: Der Verfasser unserer Leitartikel ist nie Alldentscher oder Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewesen, er hat vielmehr die Politik beider Vereine stets verurteilt, dagegen stets eine Politik gebilligt, die die Verjüngung der Sozialdemokratie mit dem Staat und die Beseitigung der Klassen-gegensätze verlangte. Daß eine solche Politik unter dem alten System keine Aussicht auf Erfüllung hatte, sondern nur im neuen, demokratischen und sozialen Staat verwirklicht werden konnte, das ist eine Erkenntnis, die sich während des Krieges nicht nur dem Verfasser offenbarte, sondern Allgemeinut der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes geworden ist. Sonst wäre die Revolution so, wie sie verlief, nicht möglich gewesen. Aus der Tat-

sache dieser Erkenntnis jemandem einen Vorwurf machen zu wollen, ist eine Unberühmtheit und Torheit, deren sich nur solche Volksgenossen schuldig machen können, die selber reaktionär empfinden, und die Wiederaufrichtung des alten Systems herbeiführen.

Politische Neuigkeiten.

Die Verhandlungen in Versailles.

Die „Times“ melden aus Paris: In gutunterrichteten Kreisen der Konferenz verläutet, daß ein starker Druck auf Lloyd George ausgeübt werde, um die Bedingungen des Vertrages mit Deutschland abzuändern. Man glaubt, daß dieser Druck von drei Seiten komme, erstens von den Führern der Radikalen und der Arbeiterpartei, die die Bedingungen zu drastisch finden und sie fundamental abzuändern wünschen, zweitens von den Finanzkreisen, die darauf dringen, daß die Kriegsschuld, die Deutschland an die Alliierten zu zahlen hat, endgültig festgesetzt werde, drittens von einflussreichen britischen Staatsmännern, die der Ansicht sind, daß die Unterzeichnung durch Deutschland wohl einige Konzessionen wert sei, und zwar wegen der großen Schwierigkeiten, denen die Großmächte gegenüber stehen würden, falls Deutschland sich weigere, zu unterzeichnen.

Es heißt, daß Lloyd George unter diesem Einfluß für einige Konzessionen an Deutschland eingetreten ist. Clemenceau sträubt sich gegen jede Abänderung und hat seine Meinung im Rat der Vier mit gehobener Heftigkeit geäußert. Präsident Wilson ist davon überzeugt, daß der Vertrag, so wie er vorliegt, nicht mit den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit übereinstimmt. Orlando soll der Ansicht sein, daß die Unterzeichnung den Preis eines Kompromisses wert ist.

Nach einer T.-U.-Meldung aus Versailles gehen Gerüchte um, Lloyd George solle sich sehr energisch für die Befassung des Saarbeckens bei Deutschland erklärt haben. Clemenceau sei aber unerbittlich geblieben. Der betreffende Artikel der „Chicago Tribune“ ist restlos von der Zensur gestrichen.

Aus Paris wird der „Bad. B.“ zufolge gemeldet: Wilson und Lloyd George führten mündliche Verhandlungen mit der deutschen Delegation unter beständigem Protest Clemenceaus durch. Wilson soll sich wesentliche Änderungen in der Kolonialfrage, der Danziger Frage und Entschädigungsfrage vorbehalten haben.

Dem „Hamb. Fremdenbl.“ wird aus dem Haag berichtet: In holländischen Kreisen, die mit Paris enge Fühlung haben, ist die Ansicht verbreitet, daß Clemenceaus Rücktritt unmittelbar bevorstehe.

Deutschlands Kolonialbesitz.

Aus Berlin berichtet das B.Z.V.: Auswärtige Blätter melden, daß man sich in Kreisen der Entente mit dem Gedanken trage, bei Friedensschluß Deutschland seinen afrikanischen Besitz zurückzugeben. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei demgegenüber betont, daß die Rückgabe Deutschafrikas allein noch nicht die „freie unvoreingenommene und absolut unparteiische Regelung“ unserer kolonialen Ansprüche bedeuten würde, die uns beim Abschluß des Waffenstillstandes von der Entente durch Annahme der Wilsonschen Grundätze zugesichert wurde und wie sie zweifellos auch im Interesse der Entente selbst liegt.

Ein vernichtendes amerikanisches Urteil.

Nach einer Neutermeldung aus Washington, die in den englischen Blättern vom 3. Juni veröffentlicht wird, bezeichnete Johnson, einer der Führer der fortschrittlichen republikanischen Gruppen, den Völkerverbund als eine Konvention bewaffneter Mächte zu einem riesenhaften Kriegszustand. Der Völkerverbund sei nicht eine Liga zum Schutze des Friedens, sondern zum Schutze der Macht. Johnson sagte:

„Nach sechs Monaten voll von konfusem Auseinandergehen über Gebietsfragen werden wir am Ende der Friedenskonferenz von Italien gehaßt, von Frankreich heimlich verachtet, von England ausgenutzt und von Japan zum Narren gehalten. Der Völkerverbund sei gebildet worden, nachdem sich die hauptsächlichsten Mitglieder mit Gebieten überfreuen hätten. Er wolle den Frieden nur insoweit, als er diese Gebiete unberührt lasse. Die Transaktion in Schantung ist die schwarzeste Seite in der amerikanischen Geschichte.“

Tanzabend Finnie Kée.

Eine junge Karlsruher Künstlerin, Finnie Kée, die seinerzeit unter ihrem bürgerlichen Namen Fina Rathgeber dem Balletcorps unserer ehemaligen Hoftheaters angehörte, trat gestern zum erstenmal in einem eigenen Tanzabend vor die heilige Öffentlichkeit. Ihre sympathische Persönlichkeit, ihr gediegenes Können, ihre frische, natürliche Auffassung und der künstlerische Geschmack, der in der Art ihrer Darstellungen und in der Wahl der Kostüme zum Ausdruck kam, verhalfen ihr zu einem schönen und unbestrittenen Erfolg. Es war ein Gevög, die Siderheit, Anmut und Fröhlichkeit zu sehen, mit der sie das rhythmisch-melodische Element der gewählten einfachen Tanzstücke sinnfällig zu verkörpern wußte, ohne in das mythisch-symbolische Gebaren oder die obligate unechte südländisch-erotische „Leidenschaftlichkeit“ so mancher ihrer Kolleginnen zu verfallen. In allem, was sie tat, war Stil, nirgends machte sie den Versuch, durch Miene und Gebärden mehr zu sagen, als sich im Rahmen des Tanzes klar und verständlich ausdrücken läßt. Valdestes gab es dabei so wenig wie Dramatisches, auch die unermüdlichen Kapitänentritten traten nicht in Erscheinung. Dabei waren die Tänze Fräulein Kées in der Mehrzahl nichts weniger als konventionell. Besonders sprechend wirkten die Reize ihres biegsamen, schlanken Wuchses, ihre grazile Beweglichkeit und die Anmut ihres Mienspielens in der „Morgenstimmung“ nach Krieg, in dem Kreislerischen „Schön-Rosmarin“ und im „Frühlingsgruß“ von Ketterer. Aber auch in der „Tarantella“ von Heller, in der Mozskomischen „Serenata“ und in dem „Fog-trot“ von Bism trug ihre Interpretation ein interessantes und stilvolles Gepräge. Wer freilich große feierliche Offenbarungen und choreographische Sensationen erwartet hatte, dürfte an diesem Abend kaum auf seine Rechnung gekommen sein. Die übrigen unter den Zuschauern werden vielleicht den Wunsch gehegt haben, daß das Programm um einige Tanznummern reicher gewesen wäre. Auf einige der Solistücke von Krieg und andern, die Herr Kapellmeister Eder, der die Künstlerin am Klavier gemandt begleitete, während durch Vortrag, hätte man dafür bei dieser Gelegenheit verzichtet.

Ausdehnung der Streikbewegung in Frankreich.

Die Arbeiterbewegung in Frankreich nimmt der T.-U. zufolge gewaltige Dimensionen an. Die Volksoffenheit des französischen Proletariats hat begonnen. Der revolutionäre Charakter der Streikbewegung wird nicht nur in Paris, sondern auch in der Provinz offenbar. Auch daß der Streik zu einer politischen Aktion gemacht wird, wird von den sozialistischen Blättern angegeben und der Regierungspresse zugesprochen.

Auch nach dem „Nouveliste de Lyon“ steht Frankreich vor dem Ausbruch einer großen allgemeinen revolutionären Bewegung. In St. Denis nahmen die Arbeiter der Metallindustrie eine Tagesordnung an, in der die Regierung aufgefordert wurde, ihre Pläne den Sowjets zu räumen. Das Blatt versucht, diese Bewegung als Früchte deutscher Agitation hinzustellen. — Die Bewegung nimmt, wie auch von anderer Seite gemeldet wird, bolschewistischer Charakter an. Der Zustand breitet sich immer mehr auf die Provinz aus, besonders auf die Kohlengebiete von Vichy und Calonne. Hier sind allein, wie die „Humanité“ meldet, mehr als 50 Proz. aller Arbeiter in den Ausstand getreten. Ein Ausstand der Eisenbahnerleute konnte vorderhand, wie die Zeitung „Bon soir“ meldet, wenigstens dadurch vermieden werden, daß alle von den Arbeitern gestellten Forderungen glatt angenommen wurden.

Der „Nouvele Courant“ meldet aus Paris: Die Zahl der Streikenden in Paris wird auf über 1.600.000 angegeben. Der Gewerkschaftsrat in Lyon hat am Donnerstag früh beschlossen, der Arbeiterschaft den Sympathiestreik für die Pariser Ausständigen für Dienstag nach Pfingsten zu empfehlen. Die Abstimmung in den Betrieben soll am Freitag erfolgen. Auch in Marseille sind die Eisenarbeiter in den Streik getreten. Ebenso haben die Pariser Elektrizitätsarbeiter den Anschluss an den Streik beschlossen. Der Bahnverkehr von Paris nach auswärts ist unregelmäßig. Ein Drittel der Züge ist eingestellt.

Das B.Z.V. berichtet aus Versailles:

In der Pariser Streikbewegung kam es gestern vormittag zu ersten Zwischenfällen. Einzelne Straßenbahnwagen wurden gewaltsam angehalten und die arbeitswilligen Straßenbahnangestellten von Streikenden mißhandelt. Der Verkehr wurde unterbrochen. Die Polizei griff ein, jedoch in ungenügender Zahl. Wie der „Temps“ meldet, ist gegen eine Anzahl Streikender wegen Behinderung der arbeitswilligen Untersuchung eingeleitet worden. Laut „Populaire“ steht ein neuer Streik der Verkleidungs- und Banangestellten bevor. Im Laufe des gestrigen Tages haben 37 chemische Fabriken in den Departements Seine und Seine-et-Oise den Betrieb einstellt. Gestern abend mußten voraussichtlich die übrigen chemischen Fabriken in diesen Departements schließen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pariser Großwäschereien haben gestern vormittag den Generalstreik beschlossen. Gestern früh wurde, wie vom „Bon Soir“ gemeldet wird, ein Verband des Bureaupersonals aller Zeitungen und Zeitungsagenturen gebildet. Auch dieser Verband beabsichtigt, in den Ausstand zu treten.

Soldatenmeutereien in Frankreich.

Seit einigen Tagen enthalten sozialistische französische Blätter Andeutungen über Zwischenfälle in Louloue. Auch die sozialistischen Deputierten haben die Absicht, über diese Zwischenfälle in der Kammer zu interpellieren. Es scheint, daß die dort stehenden Regimenter gemeutert haben. (B.Z.V.)

Der Protest gegen die Haltung der Okkupationsmächte im Rheinland u. in der Pfalz.

Die nachstehende Note betreffend die Lösung der Rheinlande und der Pfalz wurde unter Beifügung der Note, die Reichsminister Erzberger am 2. Juni an General Nudant gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht.

„Herr Präsident! Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen, sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und in der Pfalz Bestrebungen im Gange sind zu dem Zwecke, diese Gebiete vom Deutschen Reich loszulösen und zur selbständigen Republik zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Unsitte einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Befehlungsbehörden ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Absperrung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genauigkeit haben nachgeprüft werden können, sind in der hier schriftlich beigelegten Note

des Reichsministers Erzberger an den General Nudant vom 2. d. M. enthalten.

Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Bildung und Förderung von Bestrebungen, die zur Ablösung der westlichen Teile vom Reich führen sollen, in hohem Maße geeignet ist, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Ausführung seiner Bedingungen zu stören. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in großem Widerspruch zu der Bestimmung des Art. 5 Abs. 2 des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangefastet bleibt und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt.

Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, die es im Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hochentwickelter Industrie wie die Rheinlande die Grundzahlen des deutschen Friedensangebots erschüttern muß. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande fördern, der Meinung sind, daß sie dadurch dem Interesse der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierungen für den Augenblick erhöhen, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hierzu richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das nachdrückliche Ersuchen, die in Vorstehendem gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuheben und dafür Sorge zu tragen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiet unverzüglich und mit allem Eifer auf das Gefährliche ihres mißleiteten politischen Verhaltens hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Lösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Gemeinhin Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung (gez.) Graf v. Brodorski-Kanau.

Ein missglückter Handstreich des Hochverrätters Dorten.

Der „Präsident der rheinischen Republik“, Dr. Dorten, veruchte vorgestern abend, wie die Blätter melden, mit seinem neugebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen und ordnete als erste Amtshandlung die Hinführung der weißgrünen Fahne an, die er sogleich mitgebracht hatte, doch konnte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, da man den Ausgang zum Dach nicht fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch verbreitet und große Menschenmengen sammelten sich mit dem Ausdruck höchster Empörung vor dem Gebäude an. Dankselbe Leute drangen in dieses ein und verprügelten die „Herren Minister“ fürchterlich; namentlich der „Justizminister“ Dr. Erdmann und der „Kulturminister“ Dr. Klingenfeld wurden schwer verletzt. Nur der Präsident Dr. Dorten kam glimpflich davon, weil er sich im Gebäude versteckte und später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei diesen Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache des Regierungsgebäudes beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden, Kinos, erklärte, sich nicht in die Vorgänge einzumischen zu wollen, nur müsse auf der Straße die Ruhe bewahrt werden.

Der Wiesbadener Magistrat hat sich einstimmig gegen die neue Regierung ausgesprochen und erklärt, daß er ihre Befehle und Besungen nicht anerkennen wird. Dr. Dorten hält sich in seiner Residenz Wiesbad auf, da ihm wegen der Drohungen der Arbeiter Wiesbaden zu unsicher geworden ist. Bei seinen Ausfahrten begleiten ihn zu seinem Schutz stets zwei französische Offiziere.

Die Reichsarbeitsstunde.

Ein Berliner Blatt besprach ausführlich ein Projekt des Reichsfinanzministers Dernburg, das darauf hinauslaufen soll, in allen Betrieben von einem bestimmten Tage an eine Stunde länger arbeiten zu lassen, dem Arbeiter selbst nur den normalen Lohn dafür zu zahlen, den sonst für Überstunden aber berechneten Zusatzlohn mit 1 M. pro Stunde und Kopf an die Reichskasse abzuführen. — Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt dazu: „Dieser Gedankengang, der die Forde-

mit besonderer Freude jeder Leser greifen wird, der sich für echte Kunst empfänglich bewahrt hat.

Büchertisch.

Ausgewählte Lesezüge zum Studium der politischen Ökonomie. Herausgegeben von Karl Diehl und Paul Mombert, Professoren der Nationalökonomie. Band II: Der Arbeitslohn. Zweite Auflage. Karlsruhe 1919. Verlag der G. Braun'schen Buchdruckerei. Preis gel. 4,50 M.

In chronologischer Reihenfolge, vertreten durch besonders charakteristische Lesezüge, kommen hier die bedeutendsten Nationalökonomien aller Länder zu Wort, James Mill, Senior, Hermann, Ricardo, Lassalle, Brentano, Karl Marx und Engels. Die fremdsprachlichen Abschnitte sind sorgfältig ins Deutsche übertragen. So erhalten wir eine Zusammenstellung aller wichtigen Äußerungen über den Arbeitslohn, tendenzlos ausgewählt und nach speziellen Grundbegriffen geordnet. Diese Sammlung soll in erster Linie als Grundlage für nationalökonomische Übungen an Hochschulen dienen. Sie kann aber auch bei privatem Studium jedermann, der sich über diese Fragen unterrichten will, sehr gute Dienste leisten, zumal zur Ergänzung und Vertiefung der Lektüre ein Literaturverzeichnis beigegeben ist. Die Notwendigkeit einer Neuaufgabe zeigt die Brauchbarkeit dieses Bandes am besten.

Das heitere Buch, herausgegeben von Walter Jerben (Geb. M. 5,20), Hugo Schmidt Verlag, München). Der vorliegende Band enthält weitere Romane deutscher Dichter, eine große Zahl bester und erster Namen — von denen drei zu den Jungverstorbenen gehören: Friedrich Schö, D. J. Bierbaum und R. Scheerbar. Die übrigen gehören den Lebenden an: Fritz Rauthner, Peter Altenberg, Frank Wedekind, Ludwig Thoma; D. Enting, A. Guggenberger, G. Meyrin, Wilh. Schäfer, G. E. Kroner, Omlag, E. v. Bodmann, W. Schufen, Thomas Mann, J. Schaffner, Herbert Eulenberg, W. Schmidtbonn, Gern. Hesse, Paul Enderling, Peter Scher, Fr. Prella, Hans Neumann, Alabund. Die Romanliste, die zugleich die große Vielfaltigkeit der Auswahl andeutet, gibt dem „Heiteren Buch“ Vorzug und Prägnanz vor anderen stofflich verwandten Sammlungen. Es ist ein eigen- und einzigartiges Buch, das der als geschmackvoller Längst anerkannte Herausgeber Walter Jerben zusammengestellt, in einer Zeit, in der nach einem solchen Buch

Zeitschriftenschau.

Im Maiheft der „Deutschen Rundschau“ (Herausgegeben von Dr. Rudolf Fehel, Verlag Gebrüder Paetel [Dr. Georg Paetel], Berlin) veröffentlicht L. Nachbau unter dem Titel „Aus der Werkstatt des ersten deutschen Känglers“ sehr interessante neue Schriftstücke aus der amtlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck. Ein Aufsatz von Friedrich Meineke behandelt „Die geschichtlichen Ursachen der deutschen Revolution“. Mit den Grundlagen des Bolschewismus beschäftigt sich ein hervorragend sachkundiger Beitrag „Er oriente lug“ von Paul von Solowjoff. Eine wertvolle Ergänzung dazu bilden Hermann von Rönns politische Betrachtungen über „Bolschewismus und Bolschewismus“. Eine Abhandlung über „Leonardo da Vinci“ bringt Woldegar von Seidlitz zum vierhundertsten Todestage des Meisters. Unbekanntes aus „Rosenfelds Leben“ teilt Karl Engelmann mit unbedeutendsten Briefen aus den Jahren 1847/1849 mit. J. v. Uexküll bietet in anschaulicher, allgemein verständlicher Darstellung eine neue Reihe „Biologischer Briefe an eine Dame“. Der Essay Harry Wagners über „Dellor von Villencon“ wird fortgesetzt. Die Novelle „Ein wunderliches Geistespiel des Wolfgang Amade“ von Josef Friedrich Perlong gibt Zeugnis von der Dichtung der Gegenwart. Über „Berliner Musikleben“ berichtet Carl Krebs. In der literarischen Rundschau bespricht Richard Heß das Werk Hier-Sommes. Die Verfassungsurkunde der Vereinigten Staaten von Deutschland“. Ein Verzeichnis der Neuigkeiten vom Büchermarkt bildet den Schluß des inhaltreichen Heftes.

Wieland, eine deutsche Monatschrift, München. Heft 2 (Mai) bringt Kinderexportats. In vorzüglicher Wieder-gabe sind mit Kinderbildnissen vertreten Max Redstein, E. R. Weiß, Emil Orlik und G. W. Köhner. Das Titelblatt stammt von G. W. Köhner. Im kunstgewerblichen Teile enthält das Heft eine große Anzahl von modernen Tapetenentwürfen, darunter einige von Professor Orlik. Im Text sind mit Novellen, Skizzen, Gedichten und Glosse vertreten Bruno Orlik, Heinrich Lerch, Paul Joch, Wilhelm von Scholz, Käthe Braun, Hermann Hesse, Frank Thiel, Kurt Martens u. a. (Preis 2 M.)

zung der Mehrarbeit des deutschen Volkes zur Verbesserung seiner Lebensbedingungen nach dem Kriege mit einer bedeutenden Stärkung der Reichsfinanzen verknüpfen will, ist an sich natürlich interessant. Nach unserer Kenntnis der Dinge findet darüber auch innerhalb der Regierung ein Gedanken- austausch statt. Es ist aber anzunehmen, daß, wenn der Plan in Form eines konkreteren Vorschlages später der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollte, er in seinen Einzelheiten doch erheblich anders aussehen würde, als es sich nach den Ausführungen des Mittagsblattes darstellt. Insbesondere käme keine einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerungsklassen in Frage, sondern es würde versucht werden, Mittel und Wege zu finden, um alle Berufe und Bevölkerungsschichten gleichmäßig heranzuziehen.

Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Am 3. und 4. Juni hat unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Meydenbauer im Reichswirtschaftsministerium die dritte Tagung des Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft stattgefunden. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Kohlengesetz lag gedruckt vor. Er enthält 122 Paragraphen und weist die wichtigsten, in den Sitzungen des Sachverständigenrats von Seiten der Arbeitnehmer beantragten Änderungen auf: Arbeiter- und Angestelltenvertreter sind sowohl im Aufsichtsrat des Reichskohlenverbandes wie im Aufsichtsrat der Bezirkskohlenindustrie vertreten. Im Verband und in den Syndikaten ist auch je ein Arbeiter als Vorstandsmitglied vorgesehen. Lebhafte Erörterung knüpfte sich an die Frage der Mitgliederzahl und die Zusammenfassung des Reichskohlenrates. Es wurde schließlich mit starker Mehrheit beschlossen, in dieser Beziehung nichts zu ändern. Nur die bergbaulichen Kreise haben einen Unternehmer und einen Arbeiter an die Gassankassen, die für ihren Gasfakt zu einem Syndikat zusammengeschlossen sind, abgeben müssen. Bemerkenswert war die starke Betonung der Verbraucherinteressen auf dieser Tagung. Rait einstimmig wurde beschlossen, in den Aufsichtsrat des Reichskohlenverbandes, der das wichtigste Recht der Festsetzung der Brennstoffpreise hat, einen Vertreter der Verbraucher im Reichskohlenverband, insbesondere dem mittel-deutschen Braunkohlenrevier, zu entsenden. Die Verhandlungen verliefen ruhig und sachlich und waren auf allen Seiten vom Willen getragen, den gemeinschaftlichen Gedanken des Gesetzes unverfälscht wie bisher zum Ausdruck zu bringen.

Die Reichsfarben.

In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung wurde in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die die Farben schwarz-rot-gold vorsieht, mit 15 Stimmen der Sozialisten und Demokraten mit Ausnahme des Abgeordneten Koch-Kassel, gegen 11 Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und des Abgeordneten Koch-Kassel angenommen.

Tumulte im Berliner Rathaus.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es gestern wegen der 13 Millionen Teuerungsgelder an die Beamten, Angestellten und Lehrer zu heftigen Debatten und zu bisher nicht erlebten Tumulten. Die Vorlage wurde mit 89 gegen 26 Stimmen an einen Ausschuss verwiesen.

Die Hinrichtung Levinés vollzogen.

Laut „München-Augsburger Abendzeitung“ wurde das Todesurteil an Levinés gestern um die Mittagsstunde vollzogen.

Das Ende der Bolschewistenherrschaft in Russland?

Die „Times“ melden aus Selingfors, daß ein so gut wie allgemeiner Streik in den russischen Munitionsfabriken das Ende der bolschewistischen Herrschaft einleite. Die Putilowwerke und andere große Fabriken sind von starken Abteilungen der Roten Garde, darunter Chinesen, umzingelt, die am Freitag und Samstag auf die ausländischen Arbeiter mit Maschinengewehren feuerten. Zahlreiche Arbeiter sind ohne Personal, da die Beamten geflüchtet sind. In mehreren öffentlichen Betrieben haben die Arbeiter eine Garde aufgestellt, um zu verhindern, daß die Bolschewisten beim Räumen der Stadt die Maschinen zerstören. Der Militärgouverneur von Petersburg, ein 23jähriger Student, verordnete, jeden erschießen zu lassen, der nach 9 Uhr abends sich auf der Straße befindet.

Badische Uebersicht.

Die Milch- und Fleischpreise in Baden.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Auf dem Areal ist zurzeit eine lebhaftere Versammlungstätigkeit zu bemerken; man liest auch da, mehr wie in der Zeit vor dem Kriege, die Zeitungen und verfolgt demgemäß auch eifriger, wie früher die Vorgänge in der Stadt und die Erscheinungen, die sich auf dem Gebiet der Lohn- und Gehalts-erhöhungen für einzelne Teile der städtischen Bevölkerung abspielen. Daraus zieht man dann — ob gerechtfertigt oder nicht, soll hier nicht erörtert werden — den Schluß, daß auch die Preise für die Produkte des Landwirts erhöht werden müssen. Habe man in der Stadt für alle Bedarfsgegenstände, welche die Landwirtschaft benötigt, von Monat zu Monat höhere Preise zu bezahlen, dann sei es recht und billig, vom Staat bezw. von der badischen Regierung eine weitere Erhöhung der Höchstpreise zu verlangen. Diese soll sich vor allem beziehen auf die Milchpreise und die Preise für das abzuleifernde Vieh. In der Tat stößt nun auch bereits seit Wochen die Anlieferung der Milch ganz bedenklich. Das hat natürlich seinen Grund auch in dem heißen Wetter der letzten Zeit, das dem Futterwachstum außerordentlich ungünstig war. Es kommt weiter hinzu, daß die sogenannten Milchamte im Keinen — 1-2 Liter — doch das abzuleifernde Gesamtquantum in den einzelnen Gemeinden stark beeinträchtigt und, im ganzen genommen, die Milchversorgung der städtischen Bevölkerung aufs bedenklichste gefährdet. Denn es ist ja eine bekannte Tatsache, daß auch für die Milch im Schleichhandelswege 20, 40 und 50 Pfennig pro Liter mehr bezahlt werden, als der Höchstpreis den Milchproduzenten einbringt. Die Landwirte stellen aber auch Vergleiche zwischen Baden und den benachbarten Gliedstaaten an. Sie wissen — und die landwirtschaftliche Presse, die sie gründlich lesen, vermittelt ihnen diese Kenntnis —, daß in Württemberg 45, in Hessen sogar 55 Pf. pro Liter für die Milch gezahlt werden. Natürlich stellen sie die Frage: Warum soll in Baden der Milchpreis so niedrig bleiben? Dann ist ihnen sehr wohl bekannt, welche wohnwichtig hohen Preise zurzeit auf dem Schleich-

delweg für ein Pfund Butter bezahlt werden. Sie knüpfen hieran die weitere Frage: Sollen wir uns unter solchen Umständen mit dem jetzigen (nach Meinung der Landwirte) niedrigen Butterpreis abfinden?

So ergibt sich aus dieser Meinungsäußerung der Landwirte, wie man sie in jeder ihrer Versammlungen hören kann, mit unheimlicher Konsequenz die lebhaftesten Forderungen auf Erhöhung der Höchstpreise für Milch und Butter, als logische Folge des Schleichhandels und der derzeitigen Lohnbewegungen in den Städten.

Ganz eigenartige Erscheinungen sind auch auf dem Gebiete der Ablieferung des Schlachtviehs zu konstatieren. Diese Ablieferungen werden leider von Woche zu Woche geringer; in der Tat stand die sogenannte Schwarzschlacht noch nie in solcher Mäße, wie in der Gegenwart. Suchende Gastwirte und profitablere Viehhändler zahlen Kaufpreise für zu kaufendes Vieh, die schwerlich überboten werden können. Wiederum ist die natürliche Folge, daß die Viehablieferung an die Kommunalverbände stockt und daß das der städtischen Bevölkerung zu erteilende Fleischquantum von Woche zu Woche geringer bemessen werden muß.

In dieser verzweifelten Situation sind einzelne Gliedstaaten des Reiches und sogar preussische Provinzen zu dem Ausweg geschritten, die Höchstpreise für Vieh zu erhöhen. Der Reichsminister für das Ernährungswesen erbat sofort schärfsten Protest gegen diese Verletzung der reichsgesetzlichen Bestimmungen. Die beteiligten Staaten erklärten, eine etwas stärkere Viehanlieferung sei seit Erhöhung der Höchstpreise doch zu bemerken gewesen.

Unter der Einwirkung dieser Tatsachen und Vorkommnisse verlangen nun auch die badischen Landwirte von der Regierung ein selbständiges Vorgehen; sie könnten nicht länger mit der Zurückdämmung ihrer Forderungen warten. Die Regierung ist nicht gewillt, diesem Ansinnen zu entsprechen; sie wird die weiteren Anordnungen des Reichsministers für das Ernährungswesen abwarten, die ja in Wäde ergehen werden.

Aber um die Feststellung der Tatsache kommt man einfach nicht herum, daß die Hamsterei, der Schleichhandel und die Selbstversorgung vieler Städte, sowie die maßlosen Schwarzschlachtungen letzten Endes zu immer weiteren Preisforderungen der Landwirte und zur ständigen Erhöhung der Höchstpreise mit Notwendigkeit treiben. Wann wird sich die klare Einsicht auf diesem Gebiete Bahn brechen?!

Badische Landesbibliothek in Karlsruhe.

Das Zugangsverzeichnis für 1918 wird soeben ausgegeben. Es erscheint noch in vereinfachter Form als Kriegsjahrgang ohne Sachbezugszeichen, mit den Abteilungen Krieg, Allgemeines, Baden. Erwachsenen Landesheimwohnern wird es auf Ansuchen kostenlos zugesendet (in Karlsruhe abzuholen), auch wird es den Bezirksämtern und öffentlichen Büchereien des Landes zum Auflegen übergeben. — Die Benutzung der Landesbibliothek geschieht in freier Weise, unentgeltlich, jedoch „frei hin“ gegen „frei zurück“. Jugendlasern sind alle Landesheimwohner, die durch Beruf, Verhältnisse oder Bürgerschaft Sicherheit gewähren. Schriften zur Unterhaltung und über sachwissenschaftliche Einzelfragen sind ausgeschlossen. (Nachdruck erwünscht.)

Mitteilung des Bad. Statistischen Landesamts.

Nachstehend werden die monatlichen Durchschnittspreise für Hafer, Roggenstroh und Heu für den Monat Mai 1919 in den Hauptmarktorten bekannt gegeben:

Maßgebende Hauptmarktorte	Roggenstroh			Heu		
	100 Kilogramm in Markt					
Konstanz	—	—	10,00	—	19,20	16,—
Freiburg	—	—	—	—	—	—
Lahr	—	—	—	—	12,00	30,—
Karlsruhe	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	—	10,80	10,80	9,80	19,80	23,80
Bruchsal	—	—	—	—	—	—
Mannheim	30,—	9,—	10,20	8,—	21,20	20,—

Ein Anspruch auf diese Preise steht nach § 11 Absatz 2 des Kr. L. Ges. den Gemeinden nur dann zu, wenn die zur Verpflegung einquartierter Pferde angeforderte Fournage im Gemeindebezirk nicht vorhanden war und von den Gemeinden deshalb durch Ankauf herbeigeschafft werden mußte.

Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden im Monat April 1919: am 13. im Zug 876 ein Geldbeutel mit 32 M., am 23. im Zug 818, abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 14. auf dem Bahnhof in Freiburg-Bräuhaus der Betrag von 12 M. 50 Pf.; am 14. auf dem Bahnhof in Weis-Leopoldsdorfer ein Geldbeutel mit 8 M. 16 Pf.; am 15. im Zug 602 ein Geldbeutel mit 14 M. 50 Pf., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 15. auf dem Bahnhof in Freiburg ein Geldbeutel mit 11 M. 40 Pf.; am 16. im Zug 870 eine Handtasche mit 2 M. 45 Pf., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 17. im Zug 348 ein Geldbeutel mit 50 M., abgelaufen in Mannheim; am 17. auf dem Bahnhof in Konstanz der Betrag von 5 M.; am 21. im Zug 6075 ein Geldbeutel mit 3 M., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 22. auf dem Bahnhof in Eberbach ein Geldbeutel mit 4 M. 79 Pf.; am 22. auf dem Bahnhof in Weis-Leopoldsdorfer ein Geldbeutel mit 15 M. 25 Pf.; am 25. auf dem Bahnhof in St. Georgen i. Schw. der Betrag von 6 M.; am 25. auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 50 Pf.; am 26. im Zug 745 ein Geldbeutel mit 89 M. und 10 Pf., abgelaufen in Mannheim; am 26. auf dem Bahnhof in Heidelberg eine Brieftasche mit 357 M.; am 27. auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 31 M. 40 Pf.; am 28. auf dem Bahnhof in Mannheim ein Geldbeutel mit 65 M.; am 28. auf dem Bahnhof in Schwenningen der Betrag von 40 M.; am 28. auf dem Bahnhof in Mannheim der Betrag von 3 M.; am 28. im Zug 345 eine Handtasche mit 2 M. 40 Pf., abgelaufen in Heidelberg; am 29. auf dem Bahnhof in Weis-Leopoldsdorfer ein Geldbeutel mit 2 M. 10 Pf.; am 30. auf dem Bahnhof in Emmendingen der Betrag von 20 M.; am 28. April auf dem Bahnhof in Schwenningen der Betrag von 40 M.; am 28. April auf dem Bahnhof in Weis-Leopoldsdorfer ein Geldbeutel mit 9 M. 15 Pf.; am 3. Mai im Zug 800 ein Geldbeutel mit 3 M. 73 Pf., abgelaufen in Mannheim; am 8. Mai auf dem Bahnhof in Mannheim ein Geldbeutel mit 30 M.; am 9. Mai im Zug 1228 ein Geldbeutel mit 11 M. 70 Pf., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 10. Mai im Zug 1205 ein Geldbeutel mit 11 M. 54 Pf., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer; am 10. Mai auf dem Bahnhof in Weis-Leopoldsdorfer ein Geldbeutel mit 5 M. 44 Pf.; am 11. Mai auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 10 M. 20 Pf.; am 11. Mai auf dem Bahnhof in Baden-Baden der Betrag von 8 M.; am 11. Mai auf dem Bahnhof in Freiburg-Bräuhaus der Betrag von 5 M.; am 12. Mai auf dem Bahnhof in Konstanz ein

Geldbeutel mit 2 M. 30 Pf.; am 13. Mai im Zug 1360 ein Geldbeutel mit 4 M., abgelaufen in Donaueschingen; am 15. Mai auf dem Bahnhof in Luda der Betrag von 20 M.; am 15. Mai im Zug 6637 ein Geldbeutel mit 4 M. 30 Pf., abgelaufen in Weis-Leopoldsdorfer.

Noch ein Nachspiel zum Mannheimer Putsch.

Bei dem Putsch der Kommunisten und Unabhängigen am 22. Februar wurden bekanntlich eine Anzahl Akten des Landgerichtes Mannheim von den Demonstranten gestohlen, in einem Automobil auf die Rheinwiese gefahren und dort verbrannt. Die Personen, die an dieser Tat beteiligt waren, wurden am Samstag abgeurteilt. Es erhielten der 38-jährige Wirt August Warth 6 Monate Gefängnis, der 32-jährige Former Michael Traub 4 Monate Gefängnis, der 38-jährige Spengler August Ludardt und der 23-jährige Volkwehmann je zwei Monate Gefängnis, der 51-jährige Monteur Amandus Heisinger ein Monat Gefängnis und der 22-jährige Volkwehmann Heinrich Bruff zwei Monate Gefängnis.

Ein Wirtestreik in Mannheim.

Die wegen Schleichhandels erfolgte befördliche Maßregelung von Wirten und Hoteliers hat in einer Wirtesversammlung in Mannheim zu dem fast einstimmig gefaßten Antrag geführt, daß vom nächsten Dienstag ab sämtliche Wirtschaften drei Tage ganz zu schließen und auch den Küchenbetrieb an den nachfolgenden 11 Tagen einzustellen.

Wünsche des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz.

Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz hat an das Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, in der der alsbaldige Ausbau der zwischen Basel und Schaffhausen projektierten Rheinkraftwerke angeregt wird. Der Ausbau sollte möglichst als Notstandsarbeit erfolgen. Von der Schweiz dürften wesentliche Hindernisse nicht erwartet werden, wenn mit dem Ausbau der Wasserwerke die Ausgestaltung des Rheinstroms zu einer der Großschiffahrt dienenden Wasserstraße zugleich vorgenommen wird. In der Eingabe wird sodann bedauert, daß die seit einem Jahrzehnt gestellte Forderung auf Ausbau der Oberheinstrecke infolge der zögernden Haltung der badischen Regierung noch zu keinen weiteren Erfolgen geführt habe. Weiterhin hat der Rheinschiffahrtsverband an die beteiligten Regierungen die Bitte gerichtet, den infolge des Krieges unterbrochenen Verkehr zur Gewinnung von Unterlagen für die Schiffarmatur der Oberheinstrecke Basel-Konstanz alsbald wieder zu eröffnen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Nr. 39 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums des Innern: die Weidpflicht der Ausländer betreffend; die Regelung der Fleischversorgung betreffend. Bekanntmachung des Ministeriums der Finanzen: die Aufhebung der Hofbeamtenwitwenkasse betreffend.

Der Landesverein „Badische Heimat“, Verein für Volkstunde, ländliche Wohlfahrtspflege, Heimatmusik und Denkmalpflege, der sich zum Ziel gesetzt hat, schützend für die Eigenart unserer Heimat einzutreten und die Kenntnis ihrer Eigenart in weiten Kreisen immer mehr zu verbreiten und zu vertiefen, veranstaltet seine diesjährige Jahresversammlung am 10. und 11. Juni in Baden-Baden. Am ersten Abend wird Universitätsprofessor Dr. John Meier über das Leben des Volksliedes, und Stadtpfarrer Kistner-Freiburg über die Schönheit der badischen Heimat (mit Lichtbildern) sprechen. Umrahmt werden diese Vorträge von Gesängen des bekannt vorzüglichen Gesangsvereins „Aurelia“. Am Mittwoch spricht Hermann Burte über Heimat und Dichtung und darauf Professor Dr. Günther-Freiburg über den Schutz unserer heimischen Natur (mit Lichtbildern).

B.C. Die freireligiösen Gemeinden Badens hielten am Sonntag in Karlsruhe eine Tagung ab, die sich auch mit den §§ 18 und 19 der Verfassung (Kirche und Schule) befaßte. Es wurde die Meinung ausgesprochen, daß durch diese Paragraphen ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem früheren Rechtszustand erzielt worden sei.

Mannheim, 6. Juni. Bei der Stadtratswahl erhielt die Sozialdem. Partei 9 Sitze, deutsch-dem. Partei 4 Sitze, unabh. soz. Partei 4 Sitze, Zentrumspartei 4 Sitze, deutschl. Volkspartei und deutschnat. Volksp. je 1 Sit.

Heidelberg, 6. Juni. Am Mittwoch fand hier eine vom Bund der Pfälzer einberufene Massenversammlung statt, die in scharfer Form das Treiben der Hochverräter im besetzten Gebiet verurteilte und gegen die Abtrennungsbestrebungen der Franzosen entschiedene Verwahrung einlegte. Es wurde eine entsprechende Kundgebung angenommen, die an den Reichspräsidenten Ebert gesandt worden ist.

Heidelberg, 4. Juni. Der Verein Heidelberger Presse tritt in einer öffentlichen Erklärung der von der „Wahlervereinigung freier Interessen Heidelbergs“ in einem Flugblatt aufgestellten Behauptung: „Die Presse war während des ganzen Krieges gekauft, sie ist es auch heute noch, mehr als zuvor“ mit aller Schärfe entgegen und verlangt von der Wahlvereinigung binnen acht Tagen klare Beweise für diese Behauptung.

Heidelberg, 5. Juni. Nach der „Heidelberger Zeitung“ hat das Zementwerk Leimen seinen Betrieb eingestellt. Das Werk hätte wegen Kohlenmangels die Einstellung des Betriebes durchzuführen müssen, und ist die Einstellung erfolgt wegen Differenzen zwischen der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft. Die arbeitswilligen Arbeiter sollen anderweitig beschäftigt werden.

Freiburg, 6. Juni. Am 30. Juni traten etwa 100 Gärtnereigenen in Freiburg in den Ausstand, wegen Lohn- und Arbeitszeitforderung. Durch Vermittlung des Gewerbeaufsichtsamts wurden Verhandlungen geführt, die zum Abschluß eines Tarifs führten. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Die Lohnverhältnisse und Arbeitszeiten werden durch diesen Tarif geregelt.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 27. Mai d. J. beschloffen, dem Privatdozenten Dr. Walter Schaefer an der Universität Freiburg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor an der Universität Freiburg zu erteilen.

Das Justizministerium hat unterm 14. Mai d. J. den Justizsekretär Ernst Reineke beim Amtsgericht Ettenheim zum Amtsgericht Baden versetzt.

LECIFERRIN-TABLETTEN

Zur **Kräftigung der Nerven.**
Zur **Erhöhung der Lebensenergie.**
Zur **Erhöhung körperlicher und geistiger Arbeit.** Von Autoritäten empfohlen. Preis M. 3.—.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung des Badischen Landespreisausschusses

Erstmittelsstelle.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März vorigen Jahres und der Verordnung des bad. Ministeriums des Innern vom 29. April vorigen Jahres, die Genehmigung von Ersatzmitteln betr., wurde die Herstellung und der Vertrieb der nachstehend aufgeführten Ersatzmittel

a. genehmigt:

Bezeichnung des Ersatzmittels	Hersteller	Packung	Rein-Gewicht	Minimaleinverkaufspreis	Nummer der Genehmigung bezw. Unterfügung	Datum
„Ideal“ Backpulver (neue Zusammenfassung)	Friedrich Bäuerle, St. Georgen (Schwarzw.)	1 Beutel	11,5 gr	0.13	774	17. 4. 19
Backpulver, gelb, Marke „Schwarzwald“ (neue Zusammenfassung)	Friedrich Bäuerle, St. Georgen (Schwarzw.)	1 Beutel	11,5 gr	0.13	775	17. 4. 19
Buddingpulver mit Vanillin-, Erdbeer-, Himbeer-, Mandelgeschmack u. mit Sultaninen und Mandelgeschmack	Christian Niemp, Karlsruhe	1 Beutel	50 gr	0.35	936	23. 5. 19
„Graebener Würste“	Richard Graebener, Nahrungsmittelfabrik, Karlsruhe	offen	1 kg	3.—	926	31. 5. 19
Erstbier „Hopfenperle“	Unionbrauerei Aktiengesellsh. Karlsruhe.	Herstellerverkaufspreis für 100 ltr. in Fässer			395	12. 5. 19
		Ausgangspreis				
		0,25 ltr.	0.16			
		0,5 ltr.	0.20			
		0,75 ltr.	0.23			
		1 ltr.	0.26			
		1,5 ltr.	0.32			
Erstbiergarettetabakmischware „Ebeliten“	Zigarettenfabrik Edel in Dresden, Inh. Wilhelm Niederehe	1 Stück	—	8 ₰	899	10. 5. 19
Tabakmischware „Trumpf H“	Edner & Kramer, Tabakfabrik Wiesloch	1 Paket	80 gr	60 ₰	908	27. 5. 19
Tabakmischware „Mithaco“ Strullschnitt	A. S. Thorbede & Co., Mannheim	1 Paket	100 gr	1.20 ₰	937	30. 5. 19
Bapf's Kunstmoftanfabrik	A. Bapf, Zell a. S.				643	24. 5. 19
Heinen's Transtextrakt mit u. ohne Süßstoff	Anton Heinen, Forzheim	Das Flaschenband ist auf 1.— Mark erhöht worden.			895	24. 5. 19
Dreigauer Kunstmoftanfabrik mit und ohne Süßstoff	Eduard Palm, Freiburg				77	24. 5. 19

b. unterlag:

Vom Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Ole und Fette, Berlin:

Sansa Waschpulver	Herst. Hausler-Werke, Hamburg, Vertr. Emil Wieje, Worms	3164	9. 4. 19
Waschpulver „Gloria“	„	3217	4. 1. 19
Wäsche-Reinigungsmittel Marke „Eisvogel“	Theodor A. Barkholt, Darmstadt, Fabrik chem. Produkte	3211	5. 4. 19
Waschpulver „Wascho“	Gustav Kelp, Hamburg 6	2629	23. 4. 19

Badisches Landespreisausschuss, Ersatzmittelsstelle.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Meldepflicht der Ausländer betr.
Wir bringen nachstehende Verordnung des Ministeriums des Innern zur öffentlichen Kenntnis.
Die persönliche Meldung der in dem Stadtbezirk Karlsruhe wohnhaften Ausländer hat bei dem Bezirksamt — Polizeidirektion — Zimmer Nr. 8, diejenige der in den Gemeinden des Amtsbezirks anwesenden Ausländer bei den Bürgermeistern zu erfolgen.
Bezirksamt — Polizeidirektion, M. 601

Ministerium des Innern, Karlsruhe, den 22. Mai 1919.
Nr. 37276

Auf Grund der Paragraphen 29 und 49 des Polizeistrafgesetzbuches wird mit sofortiger Wirkung verordnet was folgt:

- Jeder über 15 Jahre alte, sich z. Bt. im Lande aufhaltende Reichsausländer oder Staatenlose hat sich binnen 5 Tagen bei der für ihn zuständigen Ortspolizeibehörde unter Vorlegung seines Passes, oder des als Paßersatz dienenden amtlichen Ausweises (Paragraph 3 der Verordnung vom 21. Juni 1916, Reichsgesetzblatt Seite 599) persönlich anzumelden.
- In gleicher Weise hat sich jeder über 15 Jahre alte Ausländer oder Staatenlose anzumelden, der von jetzt ab zu dauerndem oder vorübergehendem Aufenthalte zugieht. In diesem Falle ist die Meldung binnen 24 Stunden nach der Ankunft zu bewirken. Sie hat bei jedem Zugang von neuem zu erfolgen.
- Ebenso hat jeder Ausländer oder Staatenlose, der seinen Aufenthaltsort verläßt, sich binnen 24 Stunden vor der Abreise bei der Ortspolizeibehörde abzumelden.
- Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat seinen Paß oder Paßersatz jederzeit bei sich zu führen und auf Anforderung den zuständigen Sicherheitsorganen vorzuzeigen.
- Ausländer, die diesen Vorschriften zuwider handeln, werden mit Haft bis zu 6 Wochen, oder Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft und zur Feststellung ihrer Persönlichkeit festgenommen.

gez. Memmele. D. 3. 182.

Auskunftserteilung über Gebührenfragen.

Entlassene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wenden sich fortgesetzt unmittelbar an das Kriegsministerium, um Auskunft über Kriegsteuerungszulagen, Entlassungs- bzw. Marschgelder und sonstige Gebühren zu erhalten. Diese Anfragen gehen beim Kriegsministerium in so großer Anzahl ein, daß eine allsaldige Bearbeitung und Zulassung an die zuständigen Dienststellen völlig undurchführbar ist. Die Befriedigung berechtigter Ansprüche erleidet dadurch eine sehr unerwünschte Verzögerung, die nicht im Interesse der Antragsteller liegt.

Das Generalkommando nimmt daher Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß alle Eingaben und Gesuche wegen Kriegsteuerungsbezügen, Entlassungs- bzw. Marschgelder sowie wegen sonstiger Gebühren unter genauer Bezeichnung des Truppenteils, bei dem der Anspruch auf diese Gebühren erwachsen ist, dem für den Wohnort des Gesuchstellers zuständigen Bezirkskommando vorzulegen sind, welches für Weitergabe oder unmittelbare Erledigung verantwortlich ist. Alle für die Folge unmittelbar an das Kriegsministerium gerichteten Anfragen und Gesuche solcher Art werden vom Kriegsministerium nicht mehr beantwortet werden.

Hierzu wird noch bemerkt, daß es auch den Truppenteilen, denen die eingereichten Anträge von den Bezirkskommandos zugestellt werden, sehr oft nicht möglich sein wird, die Gesuche in kürzester Frist zu erledigen. Abgesehen von der Anhäufung der eingehenden Anträge bei den einzelnen Dienststellen, wird die Nachprüfung der erhobenen Ansprüche dadurch erschwert, daß der größte Teil der Formationen inzwischen aufgelöst ist und das aus dem Felde zurückgebliebene Material mangels eingearbeiteten Personals noch nicht endgültig geordnet werden konnte.

Den Antragstellern muß daher nahe gelegt werden, Geduld zu üben und von Drohungen usw. an die betreffenden Abwidlungsstellen abzulassen; die Arbeitsfreudigkeit dieser Stellen wird jedenfalls durch derartige Zuschriften nicht gestärkt.

Generalkommando XIV. Armeekorps.
Der Chef des Stabes:
Föhrenbach, Oberstleutnant.

Am Pfingsttag, den 7. Juni

bleiben unsere Geschäftsräume

den ganzen Tag geschlossen.

Karlsruhe, den 5. Juni 1919.

Reichsbankstelle.

gez.: Brüll Stössel.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 7. Juni 1919 (Sa. 33.)

Tiefland

Anfang 7 Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Samstag, den 7. Juni 1919

Das verbotene Lied

Anfang 7 Uhr

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen

Aufzüge Krane

Kurze Lieferzeiten.

Gesellschaft für Spinnerei & Weberei Ettlingen.

Bei der vor dem hiesigen Notar stattgefundenen Auslosung der laut den Anleihebedingungen am 1. September d. J. zur Rückzahlung gelangenden

4% Partialobligationen vom Jahre 1898 unserer hypothetisch sicher gestellten Anleihe von 2 1/2 Millionen Mark, wurden die folgenden Nummern im Gesamtbetrage von Mark 70 000.— gezogen:

12 Stück Lit. A von je Mark 2 000.— 19, 36, 51, 62, 117, 133, 163, 168, 169, 210, 296, 330.

40 Stück Lit. B von je Mark 1 000.— 10, 21, 89, 105, 123, 133, 238, 242, 254, 411, 478, 493, 517, 537, 556, 612, 621, 643, 704, 720, 756, 767, 785, 830, 870, 896, 938, 1008, 1060, 1090, 1091, 1096, 1114, 1156, 1199, 1224, 1258, 1265, 1431, 1441.

12 Stück Lit. C von je Mark 500.— 9, 52, 122, 152, 177, 183, 252, 259, 358, 374, 380, 390.

Restanten: Lit. C von Mark 500.— Nr. 84, Auslosung vom 31. Mai 1918.

Die Rückzahlung des Nennwertes dieser ausgelosten Partialobligationen erfolgt vom 1. September d. J. ab gegen Ausfälligung der Partialobligationen sowie der zugehörigen Zinscheine mit Zinscheinen für 1. März 1920 und folgende in Ettlingen: bei der Gesellschaftskasse, in Karlsruhe: bei der Rheinischen Creditbank Filiale Karlsruhe, in Frankfurt a. M.: bei der Direktion der Diskontogesellschaft, in Oberfeld: bei den Herren von der Seydt-Rothemann & Söhne.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapitalbetrage der Partialobligationen gekürzt. Die Verzinsung der oben bezeichneten Partialobligationen hört mit dem 31. August d. J. auf.

Ettlingen (Baden), den 22. Mai 1919.

Direktion der Gesellschaft für Spinnerei & Weberei.

Schmuckfächer

aller Art und

Pfandscheine

werden stets angekauft in

Weintraub

An- und Verkaufsgeschäft

Kronenstr. 52. Tel. 3747

Geld

in jeder Höhe auf

L. u. H. Hypothek

auszuleihen.

Ankauf von Restkaufschillingen etc. August

Schmitt, Karlsruhe, Hirschstraße 43. Teleph. 2117.

Erklärung.

Der Unterzeichnete nimmt

die gegen den ledigen

Fabrikarbeiter Ludwig

Klein hier durch Auf-

rufe verbreiteten, unwa-

ren Behauptungen mit

Neue zurück, zahlt als

Buße 50 Mark an die

Kasse des Gesangsvereins

Fidelia, läßt die Erlä-

uterung in den Majtater und

Karlsruher Zeitungen ver-

öffentlichen und trägt die

Kosten des Verfahrens.

Au a. Rh., 31. Mai 1919

Wolff Reßbacher

Bürgerl. Rechtspflege

1. Streitige Gerichtsbarkeit.

M. 586, Stodach, Mit heu-

tigem Gerichtsbeschuß ist

das Konturverfahren des

Zimmermanns Martin

Grümminger in Bindeng-

Maßspuren i. S. aufgeho-

ben worden, nachdem der

im Termin vom 10. März

1919 angenommene

Zwangsberechtigter rechts-

kräftig beständig und der

Schlusstermin abgehalten

ist.

Stodach, 2. Juni 1919.

Der Gerichtsschreiber des

Bad. Amtsgerichts.

M. 593, Karlsruhe. Das

Konturverfahren über das

Vermögen des Schuhma-

chemeisters Johann We-

ber in Karlsruhe-Mühl-

burg, wurde nach Abhal-

tung des Schlußtermins

und nachdem die Schluß-

verteilung vollzogen ist,

aufgehoben.

Karlsruhe, 30. Mai 1919.

Gerichtsschreiber des

Bad. Amtsgerichts M. 4.

M. 604, Forzheim.

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangs-

vollstreckung soll das in

Forzheim belegene, im

Grundbuche von Forz-

heim Band 305 Blatt 19

zur Zeit der Eintragung

des Versteigerungsvermer-

kes auf den Namen des

Wirts Christian Feiler in

Forzheim eingetragen,

nachstehend beschriebene

Grundstück am

Donnerstag, den 24. Juli

1919, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete

Notariat — in dessen

Diensträumen in Forz-

heim, Köhlische 52 — ver-

steigert werden.

Beschreibung des zu ver-

steigernben Grundstücks:

Lsg.Nr. 6979a: 3 ar

66 qm Hofreite mit Ge-

äußlichkeiten, nämlich

einem vierstöckigen Wohn-

haus mit Scheinesteller,

Durchfahrt, Geschäftsstof

und Anliefl.

Lsg.Nr. 6979d: 1 ar

71 qm Hofreite mit Ge-

äußlichkeiten, nämlich

einer Hofunterkellerung,

einem zweistöckigen Stall,

Autoraum und Wohnung,

Anwesen Güterstraße Nr.

46. Ohne Zubehör 140 000

Mark, mit Zubehör

142 000 Mark.

Forzheim, 26. Mai 1919.

Bad. Notariat II als

Vollstreckungsgericht.

Verstchiedene Bekanntmachungen.

Ruhholzwerversteigerung des

Forstamtes Säckingen.

Dienstag, den 17. Juni d.

J. früh 9 1/2 Uhr in der

Wirtschaft zum Löwen-

bräu (am Bahnhofs) in

Säckingen. Aus den Do-

manenwaldsdistrikten: I.

„Ewald“, II „Wolfst“,

III „Steinberg“,

IV/VIII „Raisenhart“,

IX „Safenritte“, X „Thi-

moswald“: 21 Rotbuchen,

89 Eichen, 4 Eichen, 7

Ähren, 2 Ulmen, 5 Bin-

den, 2 Birken, 1630 Na-

delholzkämme, und Ab-

schnitte, 140 Bauhütten

II u. III, sowie 10

Ster Eichen, 2 Ster

Eichen, 2 Ster Linden-

Auskunftsstellen. Nähere

Auskunft und Vorkauf-

züge durch das Forstamt.